

Finnland: Phoenix aus der Asche – Konjunktur nun auf kleinerer Flamme

37

Oscar-Erich Kuntze

Spürbare konjunkturelle Erholung 2002. Beschleunigtes Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf von 2003 und kräftige Zunahme 2004. Geldpolitik und Einkommenspolitik stimulieren, Finanzpolitik etwa konjunkturneutral ausgerichtet, während die Aufwertung des Euro bremst. Anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Moderater Preisanstieg. Weiterhin beträchtliche Überschüsse in der Leistungsbilanz.

Herausragende Bedeutung im politischen und sozialen Umfeld haben die Reichstagswahlen vom März 2003, die Entscheidung für den Bau eines fünften Atomkraftwerks sowie der Abschluss eines neuen Sozialpakts für 2003/2004.

Aus den Reichstagswahlen im März 2003 ging die oppositionelle Zentrums- partei, welche jahrzehntelang die stärkste Partei gewesen war, mit 24,7% der Stimmen als Sieger hervor. Sie stellt statt bisher 48 jetzt 55 Mandate vor den in der letzten Legislaturperiode führenden Sozialdemokraten mit 53. Letztere konnten Stimmen und Sitze ebenfalls erhöhen. Das Wahlergebnis ist nicht als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten zu interpretieren, deren Vorsitzender Paavo Lipponen über zwei Wahlperioden hinweg – eine für finnische Verhältnisse ungewöhnliche Kontinuität – eine »Regenbogenkoalition« aus Linksozialisten, Grünen, der liberalen Schwedischen Volkspartei sowie Konservativen geführt und das politische Gewicht Finnlands in der EU erheblich über dessen Größe und Leistungskraft hinaus gesteigert hat. Das Wahlergebnis zeigt eine Tendenz zugunsten der beiden großen Parteien. Denn die anderen Parteien büßten mit Ausnahme der Grünen teilweise deutlich Stimmen ein.

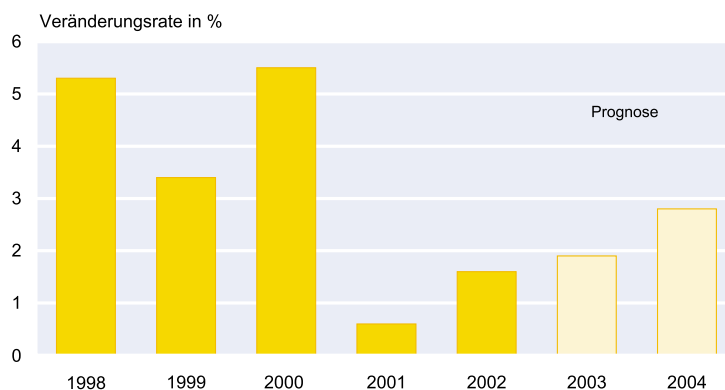
Seit Mitte April amtiert eine neue Koalitionsregierung unter Ministerpräsidentin Anneli Jäätteenmäki, der Vorsitzenden des immer noch weitgehend im ländlichen Raum verwurzelten und EU-skeptischen Zentrums. Ihr gehört neben den Sozialdemokraten, die alle wichtigen Ministerien innehaben, nur noch die liberale Schwedische Volkspartei an. Mit 116 von 200 Mandaten ist ihre parlamentarische Basis wesentlich schmäler als die der vorherigen Kabinette. Eine rein bürgerliche Regierung verbot sich aus Rücksicht auf die Gewerkschaften, welche ihr die Unter-

stützung versagt hätten, so dass die anstehenden Arbeitsmarktrefor- men nicht durchsetzbar gewesen wären. Außerdem wäre damit der in Finnland sehr ausgeprägte Sinn für Konsens verletzt worden. Die politische Linie wird denn auch nur wenig vom bisherigen, erfolgreichen Kurs abweichen.

Der im ganzen Lande jahrelang heftig geführte Streit um den Bau eines fünften Atomkraftwerks fand im Mai 2002 mit einem Parlamentsbeschluss ein Ende. Mit deutlicher Mehrheit wurde für den neuen Reaktor votiert. Letztlich gab der hohe Energiebedarf den Ausschlag sowie die Gefahr der allzu großen Abhängigkeit von Importen (zu einem erheblichen Teil aus Russland). Die derzeit vier Kernkraftwerke liefern etwa ein Drittel der Elektrizität. Bereits jetzt müssen 16% des Stroms sowie der gesamte Bedarf an Erdöl, Erdgas und Kohle importiert werden. Zudem ist die Wasserkraft kaum mehr ausbaufähig, und die Elektrizitätserzeugung aus Biomasse reicht auch künftig nicht aus.

Mit der bevorstehenden Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO ist die sicherheitspolitische Diskussion über die

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

finnische Haltung gegenüber dem Nordatlantikpakt intensiver geworden. Rüstung und Logistik der finnischen Streitkräfte nähern sich weiterhin den westlichen Systemen an, und man nahm bereits an drei NATO-Operationen teil, so dass man technisch schon jetzt für einen NATO-Beitritt vorbereitet ist.

Ende 2002 wurde zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Regierung ein neuer Sozialkontrakt geschlossen, der bis Ende 2004 terminiert ist. Damit wird die seit Anfang der neunziger Jahre ununterbrochene Tradition dieser korporativistischen Spielart der Einkommenspolitik fortgeführt und die Lohnentwicklung einigermaßen kalkulierbar gemacht. Die Regierung hat als Gegenleistung für maßvolle Lohnerhöhungen wiederum Steuererleichterungen konzidiert. Wille und Fähigkeit zum Konsens in wichtigen gesellschaftlichen Fragen bleiben bestimmend. Das wird sich auch bei der Fortführung der Arbeitsmarktreformen erweisen. Bereits 2001 hatten sich Regierung und Sozialpartner auf eine de-facto-Anhebung der Pensionsgrenze (bis 2005 auf durchschnittlich 63 Jahre, nach zuvor meist 59 Jahren) verständigt.

Die Wirtschaftspolitik ist mit dem Abschluss des neuen Sozialkontrakts auch über das laufende Jahr hinaus kalkulierbar geworden. Zudem ist während der neuen Legislaturperiode für wirtschaftspolitische Kontinuität gesorgt, da u.a. die Ministerien für Finanzen, Soziales, Arbeit und Verkehr, also die wichtigsten wirtschaftsrelevanten Ressorts, von Sozialdemokraten geführt werden. Lohnpolitisch bedeutet das heuer noch spürbare Impulse für die Konjunktur, die im kommenden Jahr jedoch schwächer werden. Finanzpolitisch ist der Spielraum für eine weitere Senkung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung eng geworden; Steuersenkungen des Staates werden teilweise durch Steuererhöhungen der Gemeinden ausgeglichen. Bis 2007 sollen die Steuern jedoch um 1,1 Mrd. Euro gesenkt und die mit rund 48% des BIP (2002) im westeuropäischen Vergleich immer noch hohe Steuer- und Abgabenbelastung weiter verringert werden. Bereits heuer wird damit begonnen. Es passt in die konjunkturelle Landschaft, dass Geld- und Lohnpolitik 2003 und 2004 noch Anstöße geben, während die Finanzpolitik auch 2004 etwa konjunkturneutral ausgerichtet sein dürften. Die erfolgreiche stabilitäts- und konsolidierungspolitische Linie wird unter der neuen Regierung grundsätzlich auch über das Jahr 2004 hinaus fortgesetzt.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die weltwirtschaftlichen Rahmendaten stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den Vereinigten Staaten stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 1/2%. In Japan übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2001 um 1/4%. In Mitteleuropa expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um reichlich 2 1/2%. In Westeuropa, wie auch in der

EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% zu; im Euroraum erhöhte es sich um 3/4% und in Deutschland um 1/4%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um knapp 3% expandiert.

Nach der harten konjunkturellen Landung im Jahre 2001 expandierte die finnische Wirtschaft im Gleichschritt mit den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften zunächst recht lebhaft, doch verlor das Wirtschaftswachstum ab der Jahresmitte spürbar an Dynamik. Hierauf lassen zumindest die vorläufigen amtlichen Zahlen schließen, wiewohl diese erfahrungsgemäß noch erheblich revidiert werden. Demnach hat das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,6% zugenommen, stimuliert von der Geld-, Finanz- und Lohnpolitik, während die Euro-Aufwertung gebremst hat. Retardierend wirkte auch der Lagerabbau (wesentlich beeinflusst durch die Ablieferung von Schiffen). Dieser erklärt auch die annähernde Stagnation der Inlandsnachfrage. Zusätzlich war die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen rezessiv, bedingt durch eine ausgeprägte Flaute im Hochbau. Andererseits expandierte der Staatsverbrauch kräftig, und der private Konsum nahm etwas rascher zu. Der stärkste Impuls kam jedoch von der Ausfuhr, die nach dem vorjährigen Rückgang erheblich an Schwung gewonnen und sich trotz der Abschwächung des weltwirtschaftlichen Wachstums bis zum Ende des Jahres erhöht hat. Da der Import nur verhalten ausgeweitet wurde und sich die Terms of Trade verbesserten, nahm das Aktivum der Leistungsbilanz nochmals zu. Der Preisauftrieb schwächte sich im späteren Verlauf des Jahres stark ab (Konsumentenpreise +1%). Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage im Verlauf, doch blieb die Arbeitslosenquote mit 9,1% gegenüber 2001 unverändert hoch.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen nahm aufgrund des kräftigen Aufschwungs im ersten Halbjahr um 5,6% zu. Anschließend ließ die Dynamik nach, wesentlich bedingt durch das verlangsamte weltwirtschaftliche und – vor allem – westeuropäische Wachstum, aber auch infolge der spürbaren Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Weit überdurchschnittlich erhöhten sich die Lieferungen in die mittel- und osteuropäischen Länder, wo die zu Beginn der neunziger Jahre verlorenen Marktanteile sukzessive zurückgewonnen werden. Die IT-Branche (auf sie entfallen nun etwa ein Viertel der Warenlieferungen, nach rund einem Drittel 2001), deren Auslandsabsatz Ausfuhr und Sozialprodukt so stark gepusht hatte und deren Rezession 2001 wesentlich zu dem Exporteinbruch beitrug, hat sich wieder gefangen. Die Ausfuhr

sowohl der metallverarbeitenden Industrie als auch der Papier- und Zellstoffindustrie nahmen bis in den Sommer hinein einen kräftigen Aufschwung. Der **Import**, der 2001 etwa dem Volumen von 2000 entsprochen hatte, expandierte lediglich um 1,7%. Hinter dieser Rate steht eine bis zum Herbst reichende deutliche Erholung, der jedoch im vierten Quartal ein Rückgang folgte. Bei etwas verbesserten Terms of Trade resultierte ein auf 7,1% gestiegener Überschuss der Leistungsbilanz

Der **private Konsum** wurde um 2,1% ausgeweitet, bei ziemlich stetig aufwärts gerichteter Entwicklung im Verlauf. Stimulierend wirkten die um rund 2% gestiegenen realen verfügbaren Einkommen. Die Reallöhne erhöhten sich, die Einkommensteuer wurde gesenkt (vor allem für die Bezieher niedriger Einkommen mit hoher marginaler Konsumquote), die Zinsen sind weiter gefallen, die Preise für Wohnimmobilien spürbar gestiegen, wodurch die Aufnahme von Hypotheken angeregt wurde, und die Beschäftigung nahm im Verlauf zu. Letztere trug wesentlich zum guten, sich erst gegen Jahresende leicht eintrübenden Konsumklima bei. Dauerhafte Konsumgüter wurden überdurchschnittlich nachgefragt. Besonders der Absatz von Personenwagen erholte sich nach dem vorjährigen Rückgang kräftig. Aber auch Einrichtungsgegenstände wurden vermehrt abgesetzt, da die ausgeprägte Flaute im Wohnungsneubau auslief und dieser auf dem Niveau von 2002 stagnierte. Der **Staatsverbrauch** expandierte um 4% und damit wesentlich rascher als geplant.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** wurden um 1% eingeschränkt – erstmals wieder seit 1994. Dahinter standen sehr unterschiedliche Entwicklungen. So hat sich der Wohnungsbau infolge niedrigerer Zinsen, verlängerter Hypothekelaufzeiten und optimistischer Zukunftserwartungen der Verbraucher nach dem starken Einbruch 2001 gegen Ende 2002 gefangen und lag nur noch um 1,4% unter dem vorjährigen Niveau. Die staatlichen Bauinvestitionen wurden erheblich ausgeweitet, während die Kommunen weniger investierten, um ihre Finanzierungsdefizite zu verringern. Auch die gewerblichen Bauinvestitionen wurden zurückgefahren, was im Wesentlichen als Reaktion auf den Boom der letzten Jahre und den dabei entstandenen Überkapazitäten zu erklären ist. Trotz der niedrigen Zinsen verringerten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Das gilt besonders für den industriellen Sektor, in dem sogar die Budgets für Forschung und Entwicklung gekürzt wurden. Die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie stieg zwar während des ganzen Jahres allmählich an. Sie lag jedoch mit 82,7% im Jahresdurchschnitt immer noch deutlich unter dem Mittelwert der neunziger Jahre (86,1%). Dabei hatte sich das auf der Basis von Unternehmensbefragungen erhobene Geschäftsklima tendenziell verbessert.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat sich die Lage im Verlauf etwas erholt. Die Beschäftigung hat leicht zugenommen, aber die

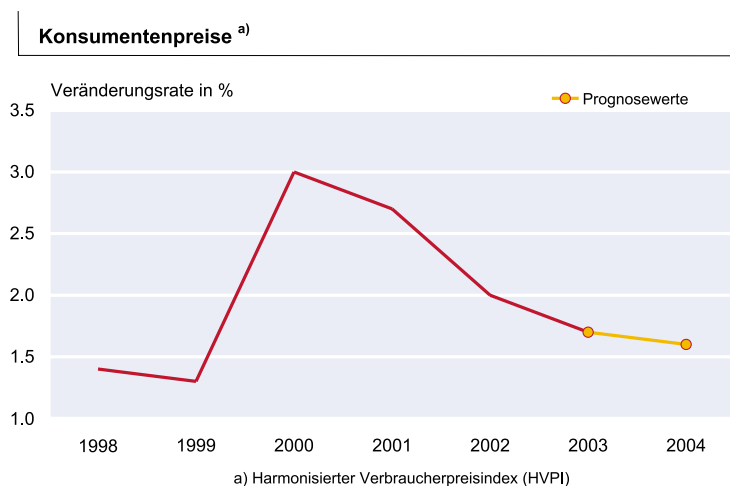
Arbeitslosigkeit blieb – mit einer Quote von 9,1% im Schnitt des Jahres – so hoch wie 2001. Dabei haben viele Unternehmen bis in den Herbst hinein in Erwartung einer baldigen Verstärkung des konjunkturellen Aufschwungs in teilweise erheblichem Umfang Arbeitskräfte gehortet vor dem Hintergrund des besonders in Südfinnland ausgeprägten Mangels an Fachkräften in den Jahren vor 2001. Anschließend kam es jedoch besonders im industriellen Sektor zu größeren Entlassungen. An der ausgeprägten Differenzierung der Arbeitsmarktsituation zwischen dem Süden und dem dünn besiedelten Norden des Landes sowie zwischen ländlichen Gebieten und städtischen Agglomerationen hat sich nichts geändert.

Der **Preisaufrtrieb** war insgesamt moderat. Die **Konsumentenpreise** stiegen mit 2% entsprechend dem westeuropäischen Durchschnitt. Zu Jahresbeginn wurde eine leicht beschleunigte Inflation registriert. Das hatte vor allem mit der Einführung des Euro-Bargelds zu tun, obwohl die Preise vielfach schon vor der Jahreswende nach oben angepasst worden waren, wie überhaupt so gut wie immer aufgerundet wurde, um auf einen runden Euro-Betrag zu kommen. Wie fast überall wurde die zeitweilig gestörte Preistransparenz besonders vom Dienstleistungssektor, und hier vor allem vom Gaststättengewerbe, zu überdurchschnittlichen Preisaufschlägen genutzt. Gleichwohl waren die preistreibenden Auswirkungen der Umstellung geringer als erwartet, auch weil die Preise ab der Jahresmitte trotz der Verteuerung von Energieträgern nur noch sehr moderat gestiegen sind. Der nun problemlose Preisvergleich mit den anderen Ländern des Euroraumes hat vielen Verbrauchern jedoch fast schockartig klargemacht, wie hoch die Preise in Finnland sind.

Wirtschaftspolitik

Die **Wirtschaftspolitik** wird der Konjunktur heuer noch Impulse geben. 2004 ist damit jedoch nicht mehr zu rechnen. Die **Lohnpolitik** sieht im kommenden Jahr eine spürbar geringere Anhebung der Tariflöhne vor. Demgegenüber wirkt die **Geldpolitik** noch bis ins kommende Jahr hinein expansiv. Die **Finanzpolitik** wird 2003 und 2004 etwa konjunkturneutral wirken. Die bremsenden Wirkungen der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar werden heuer voll spürbar, doch schwächt sich der retardierende Effekt 2004 deutlich ab.

Von der **Geldpolitik** bekommt die Konjunktur im laufenden Jahr und bis weit nach 2004 hinein deutliche Anregungen. Dabei hält die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrem Ziel, einem Anstieg der Konsumentenpreise im Euroraum auf mittlere Sicht von unter 2% p.a. im Jahresdurchschnitt, fest. Dieses war in den letzten Jahren – mit Ausnahme von 1999 – regelmäßig überschritten worden, weshalb die monetäre Lo-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

ckerung im Gefolge der Ereignisse vom 11. September 2001 weniger ausgeprägt war als in den USA, wo die Notenbank neben dem Ziel der Geldwertstabilisierung auch zur Förderung des Wirtschaftswachstums verpflichtet ist. Allerdings hatte die EZB bereits im Mai 2001 ihren zuvor deutlich restriktiven Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölverteuerung, Dollaraufwertung sowie durch die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgestanden war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße für die Geldpolitik dienenden Geldmenge M3 das Ziel von 4,5% p.a. deutlich übertraf. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Auch 2002 lag die Ausweitung mit 7,3% (im März 2003 um 7,9% über dem Niveau vom März 2002) deutlich über dem Richtwert – Liquidität zur Finanzierung eines Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Der Leitzins war im Mai 2001 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 3,5% und danach in mehreren Schritten im Schulterschluss mit Zentralbanken in Europa und in den USA auf 3,25% gesenkt worden. Im Dezember 2002 wurde er auf 2,75% und im März 2003 auf 2,5% herabgesetzt. Hiervon wird die Konjunktur heuer spürbar gestützt. Im Laufe dieses Jahres kann mit zwei weiteren Lockerungen gerechnet werden, so dass der monetäre Impuls infolge der üblichen zeitlichen Verzögerung bis weit nach 2004 hinein reicht. Für Finnland wären die Zinsen dann sowohl unter stabilitäts- als auch unter wachstumspolitischen Gesichtspunkten etwa angemessen. Nach dem ölpreisbedingten Preisschub im zurückliegenden Winterhalbjahr ist nämlich ab dem zweiten Quartal 2003 eine deutliche Beruhigung des Preisauftriebs wahrscheinlich, auch weil sich die konjunkturelle Erholung verzögert; 2004 bleibt die Inflation moderat. Zudem hat der Euro 2002 im Vergleich zum Vorjahr gegenüber dem US-Dollar um 5,6%, gegenüber dem Yen um 8,6% und gegenüber dem Pfund Sterling um 1,1% an Wert gewonnen. Im März 2003 betrug die Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich 23,4%, wobei der Euro-Kurs aber immer noch spürbar unter den Niveau der Jahre 1997 und 1998 liegt. Zu dieser Aufwertung haben neben der Zinsdif-

ferenz gegenüber den USA, wachsende Zweifel an der amerikanischen Wirtschaft sowie die im Zuge der Irak-Krise Europa zugefallene Funktion eines »save haven« für internationales Kapital beigetragen. Sollte die EZB die geldpolitischen Zügel ab Mitte kommenden Jahres allmählich wieder straffen, dann hat das erst 2005 konjunkturdämpfende Auswirkungen.

Die Finanzpolitik bleibt heuer und 2004 auf konsolidierungsorientiertem Kurs und wirkt etwa konjunkturneutral. Allerdings nimmt der Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Hand weiter ab. 2002 war er gleichwohl mit 4,7% angesichts der flauen Konjunktur unerwartet hoch gewesen, dank überschüssiger Steuereinnahmen (vor allem bei der Körperschaftsteuer) und langsamer als budgetiert steigender Ausgaben. 2003 dürfte er bei 3% des BIP liegen, nachdem im Jahre 2000 noch 6,9% registriert worden waren; es ist also noch reichlich Spielraum vorhanden, um die Konjunktur durch finanzpolitische Programme falls nötig zu stützen, ohne mit den Maßgaben des Vertrages von Maastricht in Konflikt zu geraten. Nächstes Jahr sinkt er vermutlich nochmals, wenn auch nur noch leicht. Dahinter stehen unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Sektoren. Das Aktivum des Zentralstaates nimmt heuer ab und bleibt 2004 etwa unverändert. Diese günstige Bilanz ist jedoch nur dank der wachsenden Überschüsse des Pensionsfonds für die Staatsangestellten möglich. Ohne sie entstünde ein Defizit, auch weil – 2003 – die Körperschaftsteuer weniger ergiebig sein wird als zuvor. Dies, obwohl die im Rahmen des Sozialkontrakts 2003/2004 zugestandenen Steuermäßigungen (u.a. wurden Anfang 2003 die Kfz-Steuer und die Einkommensteuer herabgesetzt, 2004 sinken die Verbrauchsteuern auf Alkoholika und Tabakwaren, der Einkommensteuertarif wird mit der Inflationsentwicklung indexiert) recht maßvoll ausfallen. Die neue Regierung will zum 1. Juli 2003 die staatliche Einkommensteuer durchgehend um 0,5 Prozentpunkte senken, die Kinderzulagen werden erhöht und die Einkommensteuersätze 2004 vermutlich nochmals herabgesetzt. Zudem sind von Privatisierungen keine hohen Einnahmen mehr zu erwarten, und die Erträge der Körperschaftsteuer verringern sich heuer. Andererseits sinkt die Zinsbelastung auf die Staatsschuld weiter, da immer noch hochverzinsliche Anleihen auslaufen und durch Bonds mit wesentlich niedrigerer Verzinsung ersetzt werden. Im Gegensatz zum Zentralstaat werden die Kommunen – mitbedingt durch eine auf Kürzungen hinauslaufende Neuordnung der Transferzahlungen seitens des Zentralstaats – auf absehbare Zeit nicht aus den roten Zahlen herauskommen, obwohl sie ihre Investitionen kräftig zurückfahren. Außerdem setzen sie vielfach die lokalen Steuern herauf, so dass die vom Zentralstaat vorgenommenen Steuerentlastungen annähernd kompensiert werden. Der

Sozialversicherungssektor bleibt weiterhin im Plus (reichlich 3% des BIP). Die Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung wurden gesenkt, jene für die Rentenversicherung angehoben. 2004 wirken im Zuge der sich kräftigenden Konjunktur zwar die »automatischen Stabilisatoren« zugunsten der Staats- und Gemeindehaushalte. Aber die Ausgaben der Rentenversicherung nehmen weit überdurchschnittlich zu. In Relation zum BIP dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungsüberschuss daher etwas niedriger liegen als im laufenden Jahr. Die 2002 vorläufig mit 42¹/₄% des BIP ausgewiesene öffentliche Verschuldung sinkt allmählich weiter. Damit wird die finanzielle Lage des öffentlichen Sektors weiterhin spürbar besser sein als in den meisten Ländern des Euroraumes.

Ende 2002 konnten sich Sozialpartner und Regierung gerade noch rechtzeitig auf einen **Sozialkontrakt 2003/2004** verständigen. Damit wird die speziell finnische Spielart der **Einkommenspolitik** fortgesetzt. Seit 1991 wurden in ununterbrochener Folge derartige Abkommen geschlossen. Insgesamt haben sie sich bei der Sicherung von hohem Wirtschaftswachstum, geringem Preisanstieg und der Konsolidierung von Staatshaushalt und Leistungsbilanz außerordentlich bewährt. Die derzeit geltende Vereinbarung sieht vor, dass die Tariflöhne 2003 landesweit um 2,9% und 2004 um 2,2% erhöht werden. Hinzu addieren sich – als Beitrag des Staates – Senkungen indirekter Steuern (Kfz-Steuer 2003, Abgaben auf Alkoholika und Tabakwaren 2004), die staatliche Einkommensteuer wurde zu Jahresbeginn um 0,3 Prozentpunkte herabgesetzt und die Aufwandsentschädigung für Arbeitnehmer angehoben. Die Tariflöhne steigen 2004 zwar langsamer als 2003. Doch wird die Differenz erfahrungsgemäß infolge der konjunkturellen Verbesserung durch die steigende Wage-drift ungefähr ausgeglichen werden. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, orientiert man sich u.a. sowohl an den Lohnabschlüssen im Ausland (vor allem auch in Frankreich und in Deutschland) als auch an den Produktivitätsfortschritten im Inland. Unter Einbeziehung der Wage-drift kann der Lohnabschluss als gerade noch stabilitätskonform bezeichnet werden. Er wird sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr die Konjunktur stimulieren.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen** werden angenommen: In den **USA** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in **Japan** um etwa 1%. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um knapp 3% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 1% ausgedehnt; für die EU ist eine etwa gleich hohe, für den Euroraum eine etwas niedrigere Rate zu erwarten, und in Deutschland steigt es um 1/2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jah-

res bei 26 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 8%. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 4³/₄%.

Vor zehn Jahren lief die schwerste Rezession – unter Ausklammerung von Kriegszeiten – seit 1867 aus. Die gesamtwirtschaftliche Produktion war 1991 um 6,3%, 1992 um 3,3% und 1993 um 1,1% gesunken, nachdem sie 1990 gegenüber 1989 stagniert hatte. Dabei spielten verschiedene retardierende Faktoren zusammen. Ab 1994 erhob sich die finnische Wirtschaft aus der Rezession wie ein **Phönix aus der Asche**. Mit einer Durchschnittsrate von 4,8% während der Jahre 1994/2000 wuchs das reale BIP nicht nur erheblich stärker als die westeuropäische Wirtschaft, sondern auch als jene der USA. Möglich wurde dies durch eine politisch und gesellschaftlich breit und solide abgestützte Wirtschaftspolitik mit einander folgenden zweijährigen Sozialkontrakten als Kern. Die den Finnmark-Abwertungen erfahrungsgemäß folgende Preis-Lohn-Spirale wurde vermieden. Die Leistungsbilanz kam schnell ins Plus, und die Netto-Auslandsverschuldung wurde kräftig abgebaut. Der Wechselkurs stabilisierte sich. Die Bankenkrise wurde gemeistert. Der starke staatliche Einfluss auf die Wirtschaft konnte mittels Deregulierung und Privatisierungen wesentlich verringert und das Land nach außen weiter geöffnet und mehr modernisiert und umstrukturiert werden, als dies im übrigen Westeuropa der Fall war. Sehr großen Wert wird auf Bildung und Ausbildung gelegt; mit 3,4% des BIP (2000) wird überdurchschnittlich viel für Forschung und Entwicklung ausgegeben. 1995 gelang der Beitritt zur EU und 1999 die Teilnahme am Euroraum. Die bis Mitte der neunziger Jahre hochdefizitären öffentlichen Haushalte weisen seit 1998 erhebliche Überschüsse aus, und die Staatsschuld konnte zwischen 1995 und 2002 in Relation zum BIP um rund 15 Prozentpunkte auf 42¹/₂% zurückgeführt werden. Einzig die nach 1990 hochgeschneelte Arbeitslosenquote bleibt ein dunkler Punkt, da sie erst wenig gesunken ist. Ein weiteres, allerdings erst in den letzten Jahren entstandenes Manko bildet die zu große Abhängigkeit des Exports und der Wirtschaftsentwicklung vom IC-Konzern Nokia, die über dessen staunenswerten Aufstieg zum Weltmarktführer bei Mobiltelefonen lange übersehen worden war. Finnland rückte aus seiner nicht nur geographischen Randlage heraus und wurde zum selbstbewussten und geachteten Mitglied der EU, wie u.a. die ausgezeichnete und ertragreiche Durchführung der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1999 zeigte. Allerdings wäre diese Entwicklung ohne den Kollaps der Sowjetunion kaum gelungen.

Die insgesamt solide Verfassung, vor allem aber die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der finnischen Wirtschaft, bleibt auch auf absehbare Zeit erhalten. Dies umso

mehr, als die weiterhin massiven Investitionen in Forschung und Entwicklung im Besonderen sowie in Bildung im Allgemeinen eine tragfeste Basis für die Zukunft bilden. Der Höhenflug beim wirtschaftlichen Wachstum ist indes zu Ende. Seit dem Jahr 2000 schwanken die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um den westeuropäischen Durchschnitt. Dieser dürfte heuer mit knapp 2% übertroffen werden. Stimuliert wird die Nachfrage von der Geld- und Einkommenspolitik, während die Finanzpolitik etwa konjunkturalneutral wirkt und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar den Aufschwung bremst. Die Konjunktur erholt sich – wie in den anderen westeuropäischen Ländern auch – nach einem vor allem exportbedingt sehr schwachen ersten Quartal zunehmend. Hierauf deuten sowohl die Entwicklung der Auftragseingänge seit Mitte vorigen Jahres als auch die mittels Umfragen erhobenen Produktionserwartungen in der verarbeitenden Industrie hin. Denn nun können niedrigere Ölpreise und niedrige Zinsen sowie ganz generell der Fortfall der die Weltwirtschaft belastenden Unsicherheiten ihre anregenden Wirkungen entfalten. Das gilt gleichermaßen für die Inlandsnachfrage wie für die Ausfuhr. Zwar wird der öffentliche Verbrauch (Anteil am BIP rund 21%) seinen vorjährigen Schwung fast gänzlich einbüßen, aber der private Konsum (Anteil am BIP ca. 50%) expandiert leicht beschleunigt, und die Bruttoanlageinvestitionen (Anteil am BIP etwa 20%) finden im weiteren Verlauf des Jahres aus ihrem Tief heraus. Die Ausfuhr (Anteil am BIP reichlich 40%) gewinnt an Dynamik. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Situation zunächst noch: die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt auf fast 9 1/2%. Der Preisanstieg bleibt moderat; die Konsumentenpreise liegen um 1 3/4% über dem Niveau von 2002. Die Leistungsbilanz weist wieder einen erheblichen Überschuss aus.

Der private Konsum nimmt um reichlich 2 1/2% zu, also lebhafter als 2002. Zwar dürfte die Zunahme der realen ver-

fügbaren Einkommen mit reichlich 2 1/2% (der Beitrag der Finanzpolitik ist netto sehr gering) etwa jener des Vorjahres entsprechen. Auch verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zunächst weiter. Aber die Verbesserung des konjunkturellen Umfelds wirkt auch auf das Konsumklima stimulierend, so dass mit einem leichten Rückgang der Sparquote zu rechnen ist, zumal die Einlagenzinsen sehr niedrig sind; allerdings sind die privaten Haushalte im Schnitt bereits mit fast 70% eines Jahreseinkommens verschuldet, so dass immer häufiger die Grenze der Kreditaufnahme erreicht ist. Günstig sind bei verlängerten Laufzeiten auch die Hypothekenzinsen; häufig wird Haus- und Grundbesitz belastet, um zusätzlichen Konsum zu finanzieren. Die Herabsetzung der Kfz-Steuer zu Jahresbeginn regt den Absatz von Personautos an, wie überhaupt der Absatz dauerhafter Güter weit überdurchschnittlich ausgeweitet wird. Denn auch die Nachfrage nach Wohnungseinrichtungen steigt lebhaft, da der Wohnungsbau deutlich expandiert. Zudem steigt die Nachfrage nach Unterhaltungselektronik. Der Staatsverbrauch expandiert mit rund 1 3/4% im Vorjahresvergleich erheblich langsamer.

Die Bruttoanlageinvestitionen finden erst im weiteren Verlauf des Jahres aus der Rezession heraus, wenn sich die Anzeichen für eine deutliche Konjunkturerholung nicht nur in der übrigen Welt, sondern auch im eigenen Land verdichten. Im Vorjahresvergleich wird sich somit trotz der sehr günstigen Finanzierungsbedingungen immer noch ein leichtes Minus ergeben. Dies ist bedingt durch die nach wie vor schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen (ca. – 3 3/4%), deren Anteil an den Bruttoanlageinvestitionen etwa ein Drittel beträgt. Denn die derzeit ganz überwiegend als unbefriedigend bezeichnete Auslastung der zumeist auf modernem technischen Stand befindlichen Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie bessert sich erst allmählich. Hierbei spielt auch die schleppende Überwindung der IC-Krise angesichts des ho-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001	2002 ^{a)}		2003 ^{a)}			2004 ^{a)}	
		EU ^{c)}	ETLA ^{b)}	EU ^{c)}	ETLA ^{b)}	OECD ^{d)}	ETLA ^{b)}	EU ^{c)}
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,6	1,8	2,2	2,2	3,1	2,9	3,4
Inlandsnachfrage	2,0	- 0,1	n.a.	2,3	1,8	n.a.	2,7	2,8
Privater Verbrauch	1,7	2,1	2,7	2,4	2,3	3,0	2,3	2,1
Staatsverbrauch	1,2	4,0	1,0	1,1	2,0	1,5	1,2	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,8	- 1,0	- 0,2	- 1,4	- 1,3	2,3	1,6	2,6
Exporte ^{e)}	- 2,3	5,6	1,8	3,8	3,1	3,9	6,1	6,9
Importe ^{e)}	- 0,2	1,7	1,6	4,4	3,5	3,4	5,6	6,3
Industrieproduktion (ohne Bau)	- 0,0	1,3	1,8	n.a.	n.a.	3,8	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,7	2,0	1,6	1,7	1,4	1,3	1,5	1,2
Arbeitslosenquote	9,1	9,1	9,2	9,4	9,2	8,9	9,3	9,0
Leistungsbilanz (Saldo) ^{f)}	6,8	7,1	6,6	6,7	6,7	6,9	7,1	7,2
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	5,1	4,7	3,9	3,3	3,1	3,5	3,0	2,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Forschungsinstitut der Finnischen Wirtschaft, Helsinki, vom April 2003. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom März 2003. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom April 2003. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

hen Gewichts von NOKIA eine beträchtliche Rolle. Erweiterungsinvestitionen spielen daher zunächst keine ausschlaggebende Rolle, während weitestgehend nur in die Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen (erfahrungsgemäß immer mit einem Erweiterungseffekt verbunden) investiert wird. Außerdem schränkt die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen stark ein (obwohl der Zentralstaat seine Investitionen erhöht). Dies ist auf die Finanzklemme vieler Gemeinden zurückzuführen, obwohl ihre Steuereinnahmen und besonders die staatlichen Zuwendungen steigen. Demgegenüber nimmt der Wohnungsneubau seit Jahresanfang erheblich zu. Steigende Realeinkommen, günstige Hypothekenfinanzierung, höhere Haus- und Wohnungspreise, anziehende Mieten sowie der zunehmende Wunsch nach hochstandardisiertem Wohnraum stimulieren. Auch Reparaturen, Aus- und Umbau expandieren deutlich. Der Anteil der über 30 Jahre alten Wohngebäude nimmt rasch zu – nach drei Jahrzehnten werden besonders bei Reihen- und Apartmenthäusern umfangreiche Renovierungen fällig. Der industriell-gewerbliche Bau geht nochmals zurück. Das hat nicht nur mit den erneut sinkenden Ausrüstungsinvestitionen zu tun, sondern auch mit der zunächst noch flauen Entwicklung auf dem IC-Sektor. Zudem ist die Zahl der Leerstände bis zuletzt gestiegen.

Der Export von Gütern und Dienstleistungen dürfte um rund 3% ausgeweitet werden. Das ist weniger als 2002. Die Erklärung liegt vor allem in dem für das erste Quartal abzusehenden Einbruch bei der Ausfuhr. Besonders die Papier- und Zellstoffindustrie meldet sinkende Auslandslieferungen, und die weltweite Flaute auf dem IC-Sektor setzt dieser, in Finnland weit überdimensionierten und extrem ausfuhrlastigen Sparte immer noch schwer zu. Außerdem dämpft die sich zunehmend auswirkende Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Und obwohl die Kostensituation der Exportwirtschaft im internationalen Vergleich insgesamt immer noch günstig ist, so sind die Kosten während der letzten Jahre doch etwas rascher gestiegen als bei den Konkurrenten, was es den Anbietern vielfach schwer macht, sich in dem gedrückten weltwirtschaftlichen Umfeld zu behaupten. Im zweiten Quartal beginnt sich der Export im Zuge des weltwirtschaftlichen Umschwungs jedoch allmählich zu erholen, um anschließend zunehmend zu expandieren. Die Einfuhr steigt im Verlauf zwar rascher als die Ausfuhr. Da zu Jahresbeginn jedoch kein Überhang besteht, dürfte sie gegenüber 2002 etwas schwächer als der Export zunehmen. Auch deshalb wird die Leistungsbilanz wieder einen hohen Überschuss ausweisen, zumal die Terms of Trade nochmals günstiger werden. Die anhaltend hohen Leistungsbilanzaktiva resultieren auch aus dem durch die Überschüsse ermöglichten kräftigen Rückgang der Netto-Auslandsverschuldung.

Auf dem Arbeitsmarkt – einem Nachläufer der Konjunktur – verschlechtert sich die Lage zunächst weiter, da es immer noch zu Entlassungen kommt, u.a. in der IC-Branche und in der Automobilfertigung, wo der Bau von Saab-Autos

eingestellt wird. Andererseits nimmt die Erwerbsbevölkerung nochmals leicht zu, und es wird forciert rationalisiert, um die gedrückten Erträge zu verbessern. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt auf 9¹/₄% steigen – eine Rate, die spürbar über dem westeuropäischen Mittelwert liegt. Das ungenutzte Arbeitskräftepotential wird auf 200 000 bis 300 000 Personen geschätzt, mit Schwerpunkt in den ländlichen Gebieten und nördlichen Landesteilen. Andererseits ist die Angebotssituation über den Konjunkturverlauf hinweg im Süden des Landes sehr angespannt, wobei der Mangel an qualifizierten Kräften besonders ausgeprägt ist. Ein forciertes Ausgleich zwischen Nord und Süd würde jedoch die Abwanderung aus dem Norden zusätzlich beschleunigen mit der Gefahr einer nicht wünschenswerten Entvölkerung weiter Landstriche.

Der Preisanstieg bleibt moderat. Der ölpreisbedingte Preisschub zu Jahresbeginn klingt rasch ab. Die Lohnsteigerungen werden reichlich zur Hälfte durch Produktivitätsfortschritte kompensiert. Der Wettbewerb ist konjunkturbedingt lebhaft, und es bleibt schwer, mittels Preisanhebungen Margenverbesserungen durchzusetzen. Ferner wirken die sinkenden Importpreise stabilisierend. Und schließlich wurde die Kfz-Steuer gesenkt. Andererseits erhöhen viele Gemeinden nochmals ihre Gebühren. Im Durchschnitt des Jahres dürften die Konsumentenpreise um annähernd 1³/₄% steigen, um weniger also als im westeuropäischen Durchschnitt.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um 1¹/₄% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 3¹/₄%. In Westeuropa, der EU und im Euroraum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₄%; in Deutschland expandiert es um 1³/₄%. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 23 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 10% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7¹/₄% ausgeweitet werden.

Auch die finnische Wirtschaft gewinnt im Zuge des weltweiten Aufschwungs zumindest bis zum Herbst an Dynamik, wobei auch der Lagerzyklus wieder aufwärts schwingt. Zunächst wirkt die Geldpolitik noch stimulierend, und auch die Lohnentwicklung stützt, während die Finanzpolitik etwa neutral ausgerichtet ist und die dämpfenden Wirkungen der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar schwächer werden. Es ist besonders der Export, welcher weiter an Dy-

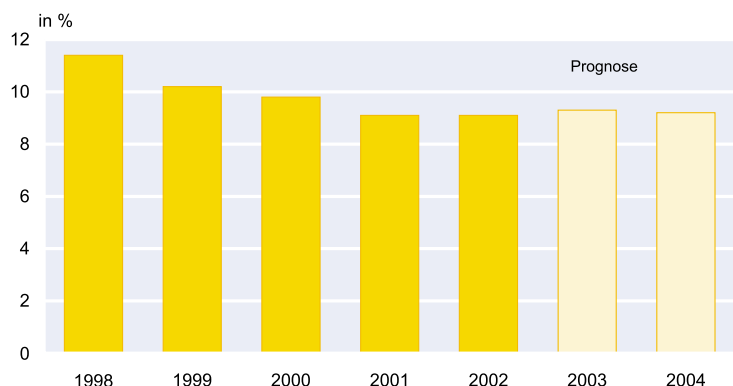
namik gewinnt. Aber auch die Inlandsnachfrage tendiert lebhafter aufwärt, wenn auch wesentlich verhaltener als die Ausfuhr, zumal der Staatsverbrauch neuerlich nur sehr moderat expandiert. Der private Konsum wird durch rascher steigende reale verfügbare Einkommen sowie die sich bessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt stimuliert. Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen nach zweijähriger Rezession wieder zu, weil jetzt auch die Ausrüstungsinvestitionen zulegen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um etwa 3% expandieren. Auf dem Arbeitsmarkt wird die Lage im Verlauf günstiger, und die Arbeitslosenquote sinkt auf 9¹/₄% im Schnitt des Jahres. Der Preisauftrieb bleibt mit 1³/₄% (Konsumentenpreise) mäßig. Die Leistungsbilanz weist wieder ein hohes Aktivum aus.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen erhöht sich im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs vermutlich um knapp 6% und gibt der Konjunktur den weitaus kräftigsten Impuls. Allerdings spricht wenig für das rasche Einsetzen eines Exportbooms auf breiter Basis, wie er bisher in der Anfangsphase weltwirtschaftlicher Aufschwünge zu beobachten war. Überdurchschnittlich wird neuerlich der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern ausgeweitet sowie mit Südostasien und – trotz weiterer Euro-Aufwertung – mit Nordamerika. Unterdurchschnittlich nehmen die Lieferungen nach dem Hauptabatzmarkt Westeuropa zu, da hier das Wirtschaftswachstum langsamer verlaufen wird als in der Welt insgesamt. Trotz relativ hoher Lohnsteigerungen verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit unter Ausklammerung des Aufwertungseffekts kaum, da auch die Produktivität schneller steigt als bei den wichtigsten Konkurrenten. Stärker als andere Länder profitiert Finnland vom internationalen Lageraufbau, was besonders für die Holzverarbeitende Industrie gilt. Hinzu addieren sich kräftige Anstöße von der weltweiten Erholung des IC-Sektors. Der **Import** wird etwas stärker als der Export ausgeweitet. Da sich jedoch die Terms of Trade verbessern, weist die **Leistungsbilanz** erneut ein hohes Aktivum aus.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** tragen mit einer Zuwachsrate von reichlich 1¹/₂% nur unter durchschnittlich zum Wirtschaftswachstum bei, obwohl die Finanzierungsbedingungen noch günstig sind. Auch das ist untypisch für den Beginn des laufenden Konjunkturzyklus. Denn in der Vergangenheit expandierten sie nach deutlichen Abschwüngen stets besonders kräftig und waren neben dem Export der wichtigste konjunkturelle Impulsgeber. Die Ursache liegt einmal in dem bis weit in das Jahr hineinreichenden allmählichen Anstieg der Kapazitätsauslastung, welcher Kapazitätserweiterungen zwar zunehmend, aber in immer noch in erst geringem Umfang nötig macht. Das gilt besonders für die Papier- und Zellstoffindustrie

sowie für die IC-Branche, wo die Kapazitätsreserven besonders groß sind; erstere hatte bei aufwärts schwingenden Investitionszyklen meist mit besonders hohen Steigerungsraten brilliert. Das ist nun nicht zu erwarten. Aber auch andere traditionelle Industriezweige dürften noch mit Absatz- und Kostenproblemen zu kämpfen haben. Doch wird beschleunigt in die Rationalisierung und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Produktinnovationen stärker voranzutreiben. Bei den Bauinvestitionen zeichnet sich eine sehr gesplante Entwicklung ab. So gewinnt der Wohnungsbau (Neubau und Renovierungen) weiter an Dynamik, angeregt von (noch!) günstigen Finanzierungsbedingungen, spürbar steigenden realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, wachsendem Reparatur- und Sanierungsbedarf sowie steigenden Mieten und Wohnungspreisen. Auch der industriell-gewerbliche Bau nimmt zu, da sich im Zuge des Konjunkturaufschwungs und der 2002 und 2003 stark geschrumpften Bauleistung die Leerstände verringern und der Bedarf an gut ausgestatteten Büroraum größer wird. Andererseits schränkt die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen nochmals ein, wenn auch weniger als zuvor. Ursache ist wiederum die anhaltende Finanzmisere vieler Gemeinden.

Der **private Konsum** expandiert um gut 2³/₄%. Die realen verfügbaren Einkommen erhöhen sich leicht beschleunigt, und die Sparquote dürfte angesichts des günstigeren konjunkturellen Umfeldes erneut etwas sinken. Die realen verfügbaren Einkommen steigen schneller. Zwar nehmen die Reallöhne etwa im vorjährigen Rhythmus zu, und es sind auch keine über den 2003 gesetzten Rahmen hinausgehenden Steuerleichterungen zu erwarten. Aber die Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen tendieren erheblich rascher aufwärts, und die Beschäftigung wird wieder ausgeweitet. Nach wie vor dürften dauerhafte Güter, besonders Einrichtungsgegenstände und Autos, be-

Arbeitslosenquote

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

vorzugt gekauft werden. Die Zuwachsrate des öffentlichen Verbrauchs wird im Zuge des Konsolidierungskurses der öffentlichen Haushalte bei fortgesetzten Steuersenkungen nochmals – auf eine Größenordnung von $1\frac{1}{2}\%$ – zurückgehen.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Situation allmählich. Die Beschäftigung nimmt um etwa $\frac{3}{4}\%$ zu, zunächst konzentriert auf den Süden des Landes. Einer stärkeren Zunahme stehen vor allem die allgemein verstärkten Rationalisierungsanstrengungen sowie die Verringerung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entgegen. Die Zahl der Arbeitslosen geht nur sehr langsam zurück. Die Arbeitslosenquote sinkt im Jahresdurchschnitt auf $9\frac{1}{4}\%$.

Der Preisauftrieb bleibt mäßig. Die Konsumentenpreise dürften um $1\frac{1}{2}\%$ steigen. Zwar erhöhen sich die Lohnstückkosten etwa im bisherigen Rhythmus, und die konjunkturelle Entwicklung erlaubt zunehmend eine Ausweitung der Gewinnmargen. Aber die Einfuhrpreise wirken noch stabilisierend, und es werden indirekte Steuern herabgesetzt; die Senkung der Steuern auf Alkoholika und Tabakwaren drückt die Inflationsrate um 0,4 Prozentpunkte.

Abgeschlossen am 9. Mai 2003